

## Mark Schieritz

# ZWISCHEN ALLEN SCHUBLADEN



**Mark Schieritz** ist wirtschaftspolitischer Korrespondent der *ZEIT* in Berlin. Er studierte Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft an der Universität Freiburg und an der London School of Economics. Seine journalistische Karriere begann er bei der *Financial Times Deutschland*.

Für das Verhältnis zwischen Journalisten und Experten gilt in der Regel dies: Die Journalisten recherchieren, und die Experten bewerten das Ergebnis der Recherchen. Das klingt nach einer fairen Arbeitsteilung, bedeutet in der Praxis allerdings zumeist, dass die Journalisten denjenigen Experten anrufen, dessen Bewertung eines Sachverhalts sich mit der Bewertung dieses Sachverhalts durch den jeweiligen Journalisten deckt. Das ist so, weil Journalisten eben oftmals nicht auf der Suche nach einer unabhängigen Stimme sind, sondern nach einem passenden Kronzeugen für die eigene Haltung. Es gilt die alte Reporterweisheit: Zu viel Recherche hat noch keiner Geschichte gutgetan. Die meisten Experten wiederum wissen das nicht, und das ist vielleicht auch ganz gut so, denn sonst würden sie nicht mehr mit den Journalisten sprechen.

Auf Hans-Werner Sinn trifft all dies nicht zu. Wer bei ihm anrief, der musste sich auf Überraschung gefasst machen. Er ist für mehr Regu-

lierung der Banken, lehnt aber Konjunkturprogramme ab. Er hat die Rettungspakete für die europäischen Krisenstaaten verurteilt, aber auch die deutschen Exportüberschüsse kritisiert. Hans-Werner Sinn hat seine Überzeugungen, aber er hat sich nie in Schubladen stecken lassen. Das war manchmal eine echte redaktionelle Herausforderung.

Aber noch in einer zweiten Hinsicht unterscheidet sich Hans-Werner Sinn von vielen seiner Kollegen: Er ging immer wieder selbst unter die Journalisten. Das beste Beispiel dafür sind seine Analysen zu den Zahlungsströmen zwischen Notenbanken der Währungsunion, den so genannten Target-2-Salden. Nachdem ihn der frühere Bundesbankpräsident Helmut Schlesinger auf Merkwürdigkeiten in der Bilanz der Bundesbank aufmerksam gemacht hatte, ließ das Thema Hans-Werner Sinn nicht mehr los. Er tauchte tief in die Materie ein, und als er nach einiger Zeit wieder auftauchte, war das Konzept der *Target-Falle* geboren.

Diese Falle besteht sehr vereinfacht gesagt darin, dass sich die Banken in den Krisenstaaten bei der Europäischen Zentralbank (EZB) refinanzieren konnten, als sie mit Ausbruch der Krise plötzlich keinen Zugang mehr zu privatem Kapital hatten. Das hat den betroffenen Ländern das Leben erleichtert. Weil aber Verluste der EZB in einer Währungsunion von allen Mitgliedstaaten – beziehungsweise ihren Notenbanken – getragen werden müssen, werden dadurch Haftungsrisiken ohne parlamentarische Zustimmung vergemeinschaftet. In bester journalistischer Tradition hat Sinn also den Rat befolgt, den der Watergate-Enthüller Bob Woodward von seiner Quelle erhält: *Follow the money!* Und ebenfalls in bester journalistischer Tradition hat er nicht etwa einen Fachaufsatz geschrieben, sondern einen Gastbeitrag veröffentlicht, der der wirtschaftspolitischen Debatte in Europa eine neue Richtung gab.

Sinns Analysen blieben nicht unwidersprochen. Man hat ihm – und das gilt auch für den Autor dieser Zeilen – vorgeworfen, Panik zu schüren. Man hat argumentiert, dass die Politik der EZB die Risiken für die Steuerzahler unter dem Strich nicht erhöht, sondern gesenkt habe, weil ein Zusammenbruch des Finanzsystems sehr viel teurer geworden wäre als die Stützung der Banken. Man hat sich daran gestört, dass Sinn bei der Verbreitung seiner Thesen die in wissenschaftlichen Zirkeln übliche Zurückhaltung aufgegeben und den direkten Kontakt zur Öffentlichkeit gesucht hat. Das hat dazu geführt, dass er auch von Kräften vereinnahmt wurde, deren Ziele er nicht teilt – und man hätte sich manchmal vielleicht gewünscht, dass er sich gegen diese Art der Vereinnahmung entschlossener zur Wehr gesetzt hätte.

Dennoch ist hier nicht der Platz, diese Einwände im Detail zu bewerten. Einige sind be-

rechtigt, andere sind es nicht. Der entscheidende Punkt ist: Hans-Werner Sinn hat mit seinen Arbeiten in erheblichem Umfang das Verständnis dieser Krise befördert. Er hat den Blick darauf gelenkt, dass sie in ihrem Kern keine Staatsschuldenkrise ist, sondern eine Leistungsbilanzkrise. Die Gründung der Währungsunion hat wesentlich zu den Problemen der Währungsunion beigetragen, weil durch den Wegfall des Wechselkursrisikos zu viel Kapital vom Norden in den Süden geleitet wurde. Und das Elend begann, als sich diese Kapitalflüsse schlagartig umkehrten. Keine Analyse der Krise kommt heute ohne die Analyse der Target-Bilanzen aus, und in der Europäischen Zentralbank wird die Entwicklung der Verrechnungssalden sehr genau beobachtet.

Hans-Werner Sinn hat – mit der ihm eigenen Leidenschaft – seine wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen aus seiner Erkenntnis gezogen: Er hat sich dafür eingesetzt, den Zugang der Banken zum Geld der Notenbank zu begrenzen, er hat sich gegen die Bankenunion und den Rettungsfonds ESM ausgesprochen, und er hat schon früh für einen – zumindest vorübergehenden – Austritt Griechenlands aus der Währungsunion plädiert.

Man muss diese Schlussfolgerungen nicht teilen, um der ökonomischen Stringenz der ihnen zugrunde liegenden Analyse Respekt zu zollen – und ihre Bedeutung für die europapolitische Debatte zu würdigen. Der Philosoph Karl Popper hat in seiner Schrift über die offene Gesellschaft und ihre Feinde beschrieben, wie geschlossene Systeme zugrunde gehen, weil sie sich gegen Kritik immunisieren und unabhängiges Denken unterdrücken. Hans-Werner Sinn hat in diesem Sinne dazu beigetragen, den Diskurs über Europa offen zu halten. Er hat seine Rolle als Wissenschaftler ernst genommen. Er kann eben nicht anders.